SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Masse und Eliten: ungleiche Ziele im ostdeutschen Transitionsprozess

Richter, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Richter, M. (2009). Masse und Eliten: ungleiche Ziele im ostdeutschen Transitionsprozess. *Totalitarismus und Demokratie*, *6*(1), 37-47. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311536

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Masse und Eliten – Ungleiche Ziele im ostdeutschen Transitionsprozess

Michael Richter

Dr. Michael Richter, geb. 1952 in Berlin. Zeithistoriker am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden (Anschrift: D-01062 Dresden). Studium der Evangelischen Theologie in Berlin (Ost) sowie der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Evangelischen Theologie in Hannover und Bonn. 1986 Magister Artium TU Hannover, 1989 Promotion zum Dr. phil. an der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn.

Abstract

After in October, 1989, there had at first been demands for a reform of society in the GDR, from November on the goals presented by the people on the one hand and by socialist intellectuals on the other became inceasingly different. If a majority of the people was now demanding German unity, intellectuals mostly spoke out for democratic socialism in a still independent GDR. This way they actually came closer to SED positions and thus spoilt the opportunity to be accepted as the new leading elite by the people. From November on, the latter rather set their hopes on Federal Republican politicians and their East German representatives who by supporting the German unity made themselves the advocates of the people's wishes. Due to this, most of all the CDU was able to clearly win the first democratic elections in the history of the GDR in March, 1990.

Es ist ein markantes Kennzeichen der Friedlichen Revolution in der DDR, dass sich spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Wege der protestierenden Bevölkerung und eines Großteils der Intellektuellen sowie wichtiger Wortführer der Oppositionsgruppen trennten. Dem wachsenden Bemühen der einen um deutsche Einheit stand der Wunsch der anderen entgegen, die DDR zu erhalten und zu neuen Formen gesellschaftlichen Miteinanders zu finden. Diese Diskrepanz beeinflusste den weiteren Verlauf der Revolution maßgeblich, verloren doch mögliche künftige Eliten Ostdeutschlands wegen ihrer Ziele Einfluss auf die weitere Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden gefragt, welche Ziele revoltierende Bevölkerung, „schweigende Mehrheit" und unterschiedliche Elitegruppen in der DDR im Umbruchprozess 1989/90 vertraten. Wie wirkten sich die ungleichen Ziele von Masse und Eliten auf den Transitionsprozess aus?

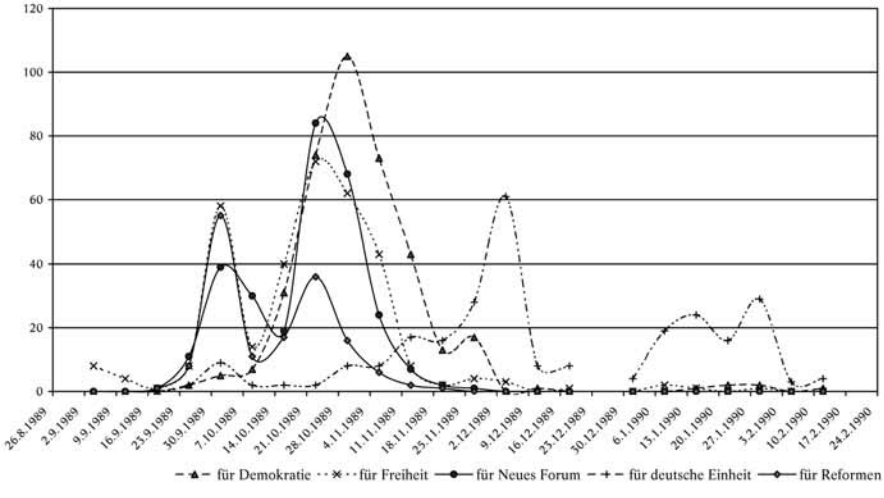
Dabei geht es nicht um eine Diskussion der Begriffe. Diese werden in einem allgemeinen, sozialwissenschaftlichen Sinne wie folgt verwendet: „Masse" bezeichnet Teile der Bevölkerung als eine große Anzahl von Menschen, die kon-

Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009), 37–47, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht GmbH und Co. KG, Göttingen 2009

zentriert auf relativ engem Raum physisch miteinander kommunizieren und/oder als Kollektiv gemeinsam sozial handeln bzw. dies unterlassen. Unter „Eliten“ sind Gruppen oder Schichten überdurchschnittlich qualifizierter Personen (Funktionseliten, Leistungseliten) oder herrschende bzw. einflussreiche Kreise (Machteliten) einer Gesellschaft zu verstehen. Gefragt wird hier nur nach Elitegruppen, die im Umbruchprozess politisch wirksam wurden und erfassbare Ziele vertraten.

Wie wurden die Meinungen gemessen? Am Beispiel Sachsens wurden die Ziele der protestierenden Bevölkerung im Rahmen eines Projekts des Hannah-Arendt-Instituts anhand von 4 170 Parolen und Losungen, wie sie in Berichten des MfS, der Volkspolizei und der SED festgehalten wurden, quantitativ erfasst und ausgewertet.[1] Die Ziele der „schweigenden Mehrheit“ lassen sich für 1989 aus den Stimmungsberichten des MfS und der SED, für 1990 aus den Ergebnissen der ersten freien Wahlen im März 1990 schlussfolgern. Zur Analyse der Ziele unterschiedlicher Elitegruppen wurden veröffentlichte Interviews und programmatische Erklärungen ebenso zugrunde gelegt wie deren politisches Handeln. Die vorliegenden Ergebnisse beanspruchen bezüglich der Bevölkerungsziele für Sachsen Aussagekraft.

Diagramm 1: Positive Hauptforderungen



1 Walter Heidenreich/Michael Richter, Parolen und Ereignisse der friedlichen Revolution in Sachsen. Eine quantitative Analyse, Dresden 2009.

Welches waren die Ziele der demonstrierenden Bevölkerung? Das Diagramm zeigt „Freiheit“ und „Demokratie“ als positive Hauptforderungen der Demonstranten im Oktober und November 1989. Zunächst gab es auch massive Forderungen nach Reformen und einer Zulassung des Neuen Forums. Sie klangen aber Mitte November rasch ab. Auf diese Forderungen nach Reformen stützten sich verbreitete Aussagen über die Identität der Postulate von Bevölkerung und reformorientierten Elitegruppen nach einer Erneuerung des Sozialismus. Reformforderungen wurden seitens der Bevölkerung aber nur erhoben, solange die internationale Situation Aussichten auf eine deutsche Einheit gänzlich unmöglich erscheinen ließ und weitergehende Forderungen noch unter Strafandrohung standen. Reformforderungen orientierten sich an der sowjetischen Politik von Glasnost und Perestroika. Dahinter verbargen sich also die Postulate derer, die tatsächlich nur eine Reform der Gesellschaft wünschten. Dazu gehörten viele Intellektuelle und etliche führende Oppositionelle, wie z. B. Bärbel Bohley. Erst Mitte November hatte sich das Land soweit verändert, dass die SED nicht mehr ohne weiteres gegen „Andersdenkende“ vorgehen konnte, die eigentlich mehrheitlich „Andersinteressierte“ waren. Nun war es möglich, Ziele deutlicher zu formulieren als bisher, noch aber hing dies auch von der Einschätzung der Zweckmäßigkeit ihrer Formulierung ab. Viele fragten sich, ob es überhaupt sinnvoll sei, die deutsche Einheit zu fordern, schien es doch evident zu sein, dass sich die sowjetische Führung dagegen aussprechen würde. Es ist bemerkenswert, dass sich die Forderung nach Wiedervereinigung insbesondere seit dem Fall der Mauer dennoch immer stärker durchsetzte. In einer Situation, in der zwischen Ost und West viel von Demokratie und Selbstbestimmung die Rede war, schien Hoffnung zu keimen, nicht bis ans Ende der Geschichte mit der deutschen Zweistaatlichkeit bestraft werden zu können. Es setzte sich zudem die durch Äußerungen Michail S. Gorbatschows gestützte Erkenntnis durch, die Sowjetunion würde sich dem Votum einer demokratisch gewählten DDR-Führung für die deutsche Einheit nicht einfach entgegenstellen. Inhaltlich stellte das Verlangen nach Wiedervereinigung eine Art Sammelforderung dar, welche die bislang vorgetragenen Wünsche nach Freiheit und Demokratie umfasste, ebenso aber die auf Demonstrationen kaum vorgetragenen Wünsche nach wirtschaftlicher Prosperität. Die Forderung nach deutscher Einheit deckte sich mit dem in der Massenflucht zum Ausdruck gekommenen Wunsch, in der Bundesrepublik zu leben. Reformen innerhalb einer fortbestehenden DDR gab es nun seitens der demonstrierenden Bevölkerung kaum noch. Die Forderung nach Zulassung des Neuen Forums erübrigte sich mit dessen Legalisierung am 8. November.

Über die Ziele der schweigenden Mehrheit, der Teile der Bevölkerung also, die sich nicht an Demonstrationen beteiligten und deren Forderungen demzufolge dort auch nicht messbar waren, geben die Stimmungsberichte insbesondere der Kreisdienststellen des MfS Auskunft.

Zur Abgrenzung von protestierender und „schweigender“ Bevölkerung ist anzumerken, dass es in etwa zehn Prozent aller sächsischen Kommunen Demons-

Diagramm 2: Für neue Gruppen und für Parteien

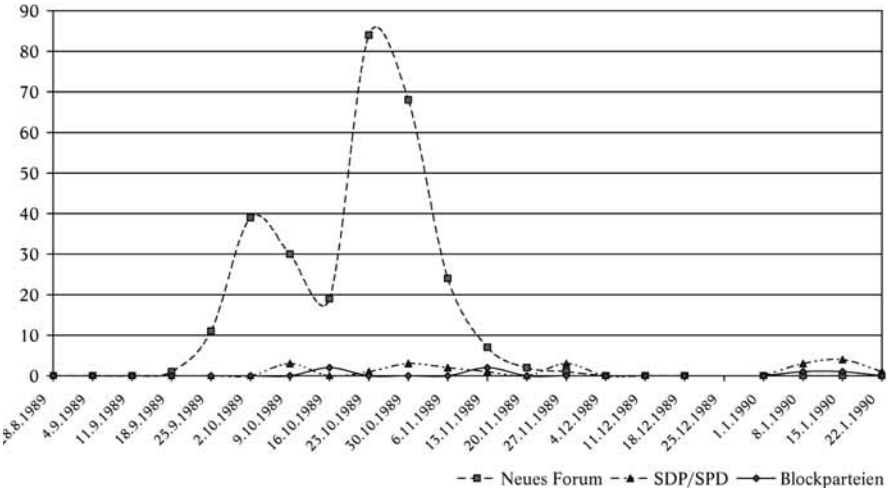
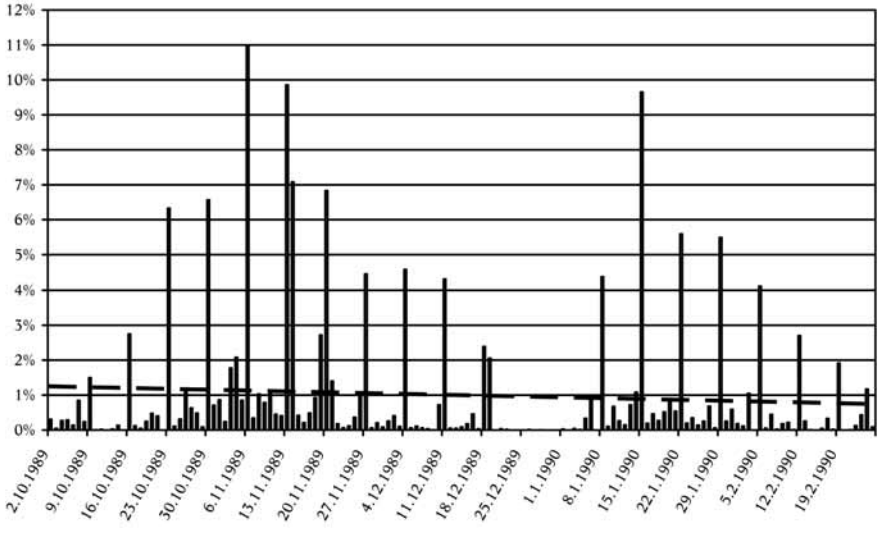
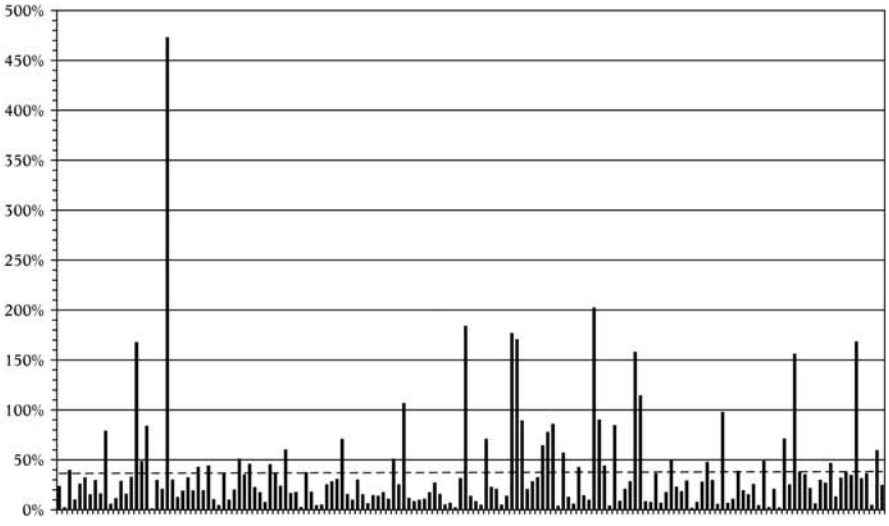


Diagramm 3: Mobilisierung nach Tagen Oktober 1989 bis Februar 1990 (bezogen auf die Einwohner der drei sächsischen Bezirke)



,trationen gab, an denen sich im Tagesdurchschnitt ein Prozent der Bevölkerung beteiligte. Mitgezählt sind hierbei allerdings auch sämtliche Tage ohne Demonstrationen, die ja oft auf einen Tag, meist den Montag, konzentriert waren. Etwas anders sieht das Bild beim Blick auf die Tage mit maximaler Mobilisierung aus,

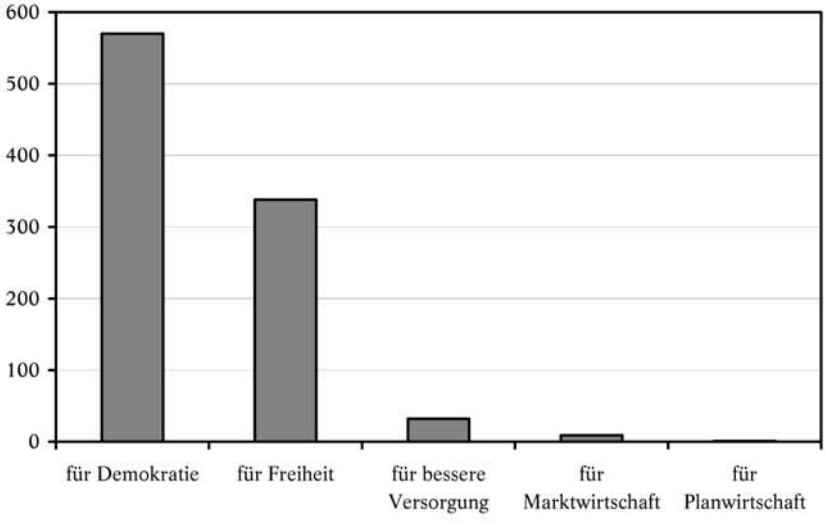
Diagramm 4: Maximale Mobilisierung



also jeweils den Tag in den einzelnen Orten, an dem im Zeitraum zwischen September 1989 und März 1990 die meisten Menschen auf die Straße gingen. Hier liegt der Durchschnitt bei etwa 40 Prozent der Bevölkerung. Fast die Hälfte der Einwohner der Kommunen beteiligte sich also mindestens einmal an Protesten und trug Forderungen vor. Der Gesamtprozentsatz der beteiligten Bevölkerung dürfte aber noch höher liegen, da sich bis auf einen „harten Kern“ ständig wechselnd unterschiedliche Personen an Demonstrationen beteiligten. Dennoch gibt es eine erhebliche Diskrepanz. Dominierten auf den Demonstrationen politische Forderungen, so zeichnen die Stimmungsberichte ein anderes Bild. Hier standen Versorgungsfragen und Mängel in der Produktion im Vordergrund der Klagen. Forderungen nach einer besseren Versorgung wurden auf Demonstrationen jedoch kaum öffentlich vorgetragen, war doch allgemein klar, dass entsprechende Verbesserungen Änderungen des politischen Systems voraussetzten.

Legt man das Bild zugrunde, das die Stimmungsberichte vom Sommer 1989 zeichnen, dann besteht kein Zweifel, dass die Unzufriedenheit mit Mangelwirtschaft und permanenter Unterversorgung auch bei täglichen Gebrauchsgütern ein Hauptgrund für die Unzufriedenheit mit dem Regime war. Exemplarisch sei hier aus einem Lagebericht der Kreisdienststelle des MfS in Löbau vom August 1989 zitiert, der aktuelle Engpässe in der Versorgung benennt. Es gab sie besonders bei der Getränke- und Fleischversorgung, der Pkw-Bereitstellung, der Ersatzteilversorgung, der Belieferung mit Kalk, Zement, Einbaubadewannen, Fliesen, beim Material für Dächer sowie bei Dichtungs- und Isoliermitteln. Es fehlten attraktives Obst und Gemüse, alkoholfreie Getränke, Säfte, insbesondere Kindersäfte, Waffeln, Kekse, Kinderschokolade, ansprechende Wurst- und

Diagramm 5: Freiheit, Demokratie, Versorgung



Fleischprodukte, Kosmetika, Haushaltswaren, Kochtöpfe, Kuchenbleche, Spüleneinsätze, Spülenkörbe, Föhne, Brotbüchsen, Steppdecken, Kleintäschnerwaren, Trainings- und Jogginganzüge, Unterwäsche, Turnschuhe, hochwertige Schuhe, Jugendmode, modische Bekleidung, Musterstrumpfhosen, Gürtel, einfarbige Popelinestoffe. Im Bereich Heimwerkerbedarf fehlten Schrauben, Nägel und überhaupt Kleinstwaren aller Art. Völlig unbefriedigend war die Versorgung mit Zeitschriften und teilweise mit Zeitungen, vom Inhalt mal abgesehen. Die Menschen würden, so der berichtende Stasi-Offizier, mit Blick auf die westliche Versorgung fragen, „warum das nicht auch bei uns möglich ist nach 40 Jahren DDR". Sie hätten „zu Partei und Regierung kein Vertrauen mehr", da „nach Jahren der Versprechungen und Reden grundlegende Probleme nach wie vor ungelöst" seien, und meinten, „ständig belogen" zu werden.[2]

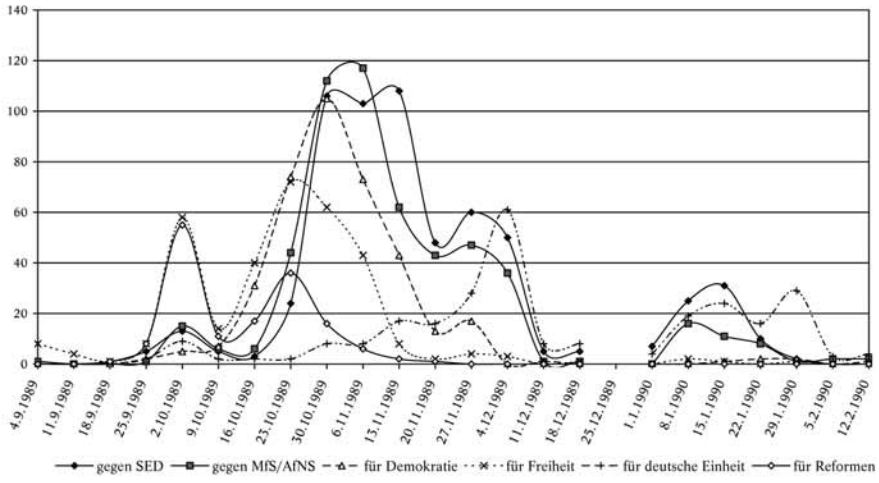
Andere Ziele als die Bevölkerung vertraten verschiedene Elitegruppen. Hier gab es eine breite Strömung, die eine Reform des Sozialismus bei Erhalt der DDR wünschte. Dies betraf Reformkräfte in der SED und in den Blockparteien, viele Intellektuelle und Künstler, aber auch bekannte Führungsfiguren oppositioneller Bürgergruppen. Daneben gab es, insbesondere unter Akteuren der Bürgerbewegungen, zahlreiche Wortführer, die eine neue Weltordnung anstrebten, mit der sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus als Formen umweltzerstörender Industriegesellschaften überwunden werden sollten. Zwischen den Posi-

2 KDfS Löbau an BVfS Dresden vom 28.8.1989, Reaktion der Bevölkerung zu aktuellen politischen Ereignissen und der Versorgungslage im Kreis (BStU, Ast. Dresden, Leiter BV, 10.923, Bl. 108–111).

tionen gab es Überlappungen. Eine quantitative Erfassung der Stärke der einzelnen Strömungen ist kaum möglich. Klar ist nur, dass ein großer, das öffentliche Bild bestimmender Teil der Intellektuellen die staatliche Einheit ablehnte und eine Reform der sozialistischen Gesellschaft wünschte. Das zeigte die Kundgebung von Intellektuellen aus verschiedenen Lagern am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz.

Nach dem Fall der Mauer kam es zu einer stärkeren Polarisierung der Ziele. Bei der demonstrierenden Bevölkerung wurde der Wunsch nach deutscher Einheit nur noch von der Zahl der Proteste gegen das SED-Regime und sein „Schild und Schwert", das Ministerium für Staatssicherheit, übertroffen.

Diagramm 6: Hauptforderungen der Demonstranten



In den unterschiedlichen Elitegruppen löste die Entwicklung Differenzierungsprozesse aus. Dabei lassen sich neben den systemtreuen Kräften, die am liebsten alles beim Alten lassen wollten, insbesondere 1. Anhänger einer Reform des Sozialismus bei Erhalt der DDR, 2. Befürworter dritter Wege bei Erhalt der DDR, 3. Befürworter der Schaffung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse bei Erhalt der DDR und 4. Befürworter der deutschen Einheit ausmachen. Letztere stellten keine homogene Gruppe dar, vielmehr standen sich insbesondere Befürworter einer Übernahme des bundesdeutschen Modells und jene gegenüber, deren Vorstellungen mehr in Richtung eines vereinten Deutschlands gingen, das Merkmale beider Staaten aufweisen sollte.

Unter SED-Reformkräften dominierte das auch von Ministerpräsident Hans Modrow unterstützte Modell einer Reform des Sozialismus bei Erhalt der DDR. Ein Abrücken von grundlegenden ideologischen Positionen war hier kaum zu beobachten, vielmehr ging es um Modifizierungen in der Anwendung des

Marxismus/Leninismus. Auch ohne in der Verfassung verankertem Führungsanspruch hofften die Führer der bisherigen Staatspartei, in einem von einem sozialistischen Verfassungsschutz abgesicherten Staatswesen ihre Dominanz bewahren und den Einfluss freiheitlich-demokratischer bzw. sozial-marktwirtschaftlicher Kräfte unterbinden zu können. In den Blockparteien dominierten noch bis in den Dezember hinein die Vertreter einer Reform des Sozialismus, die nun allerdings von der SED forderten, sich ihre Dominanz im Wettstreit mit anderen sozialistischen Kräften wie dem Neuen Forum oder den Blockparteien zu erkämpfen. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR vertrat als erste Partei seit ihrer Gründung Anfang Oktober klar parlamentarisch-demokratische Positionen. Modifizierungen gab es hier unter dem Einfluss der bundesdeutschen SPD hinsichtlich der Haltung zur deutschen Einheit. Im Neuen Forum gab es Differenzierungen zwischen verschiedenen Lagern, die auch regional geprägt waren. Die dominante Berliner Initiativgruppe plädierte für basisdemokratische Reformen an der Seite der SED und den Erhalt der DDR, andere Gruppen, insbesondere im Süden der DDR, standen eher liberalen oder den Positionen der CDU/CSU nahe. Da es nicht gelang, die Flügel zu harmonisieren, zerfiel die Bewegung bald in unbedeutende Splittergruppen.

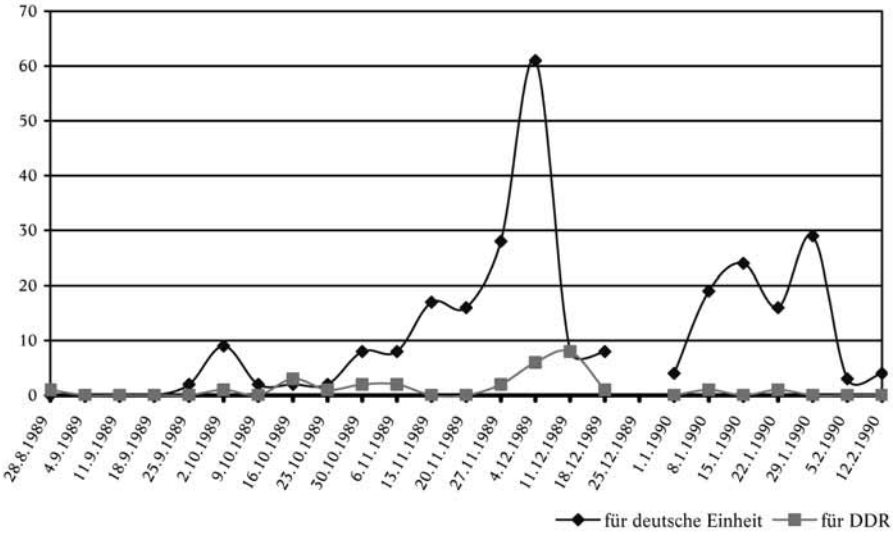
Entscheidend war aber, dass Ende November mit der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl ein neue Elitegruppe die Handlungsbühne betrat. Diese war dadurch von nun an nur noch gesamtdeutsch richtig zu deuten. Die Bundesregierung griff die auf den Demonstrationen erhobenen Forderungen nach deutscher Einheit auf. Die sie tragenden westdeutschen Elitegruppen erweiterten binnen kurzer Zeit den Kreis der Hauptakteure des Prozesses.

Demgegenüber traten insbesondere die Befürworter einer Reform des Sozialismus bei Erhalt der Zweistaatlichkeit mit einer Erklärung „Für unser Land“, gemeint war die DDR, aktiv in Erscheinung. Unter den Anhängern einer Zurückdrängung revolutionärer Forderungen zugunsten einer (nur) Reform des Sozialismus kam es zu einer inhaltlichen Annäherung intellektueller Reformkräfte aus der SED, den Blockparteien und den Bürgerbewegungen. Unterstützung erhielten sie von gleichgesinnten Intellektuellen und Politikern u. a. aus der Bundesrepublik.

Von nun an kam es zu einer raschen Auseinanderentwicklung der Ziele in der Bevölkerung und in den Elitegruppen. Auf den Demonstrationen war zu beobachten, wie einer Mehrheit von Befürwortern der deutschen Einheit kleinere Gruppen gegenüberstanden, die diese ablehnten. Nur unmittelbar nach dem Aufruf „Für unser Land“ gab es kurzzeitig einen Anstieg der Forderungen nach Erhalt der DDR. Sie fielen allerdings im Vergleich zu den Forderungen nach deutscher Einheit nicht ins Gewicht.

Ähnliche Differenzierungsprozesse liefen innerhalb der Elitegruppen ab, ohne dass diese sich quantifizieren ließen. Öffentlich wirksam wurde vor allem der wachsende Konflikt zwischen der einheitswilligen Mehrheit der Demonstranten und den Elitegruppen, die am Ziel einer Reform des Sozialismus bei

Diagramm 7: Für DDR/für deutsche Einheit



Erhalt der DDR festhielten. In Verkennung des Einflusses letzterer Gruppe hofften Ministerpräsident Hans Modrow und der Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, sogar, einen vom MfS-Nachfolger Verfassungsschutz abgesicherten demokratischen Sozialismus als neue, verfassungsmäßig abgesicherte Staatsform der DDR durchsetzen zu können. Das scheiterte am energischen Widerstand der Bevölkerung und freiheitlich-demokratischer Gruppierungen und Parteien.

Ab Mitte Dezember machten sich unter dem Einfluss der Verschiebung der politischen Landschaft durch das beginnende Agieren der Bundesregierung auch immer mehr Elitegruppen aus der DDR eher zu Sprechern der Ziele der Bevölkerungsmehrheit. Allen voran schwenkte die Ost-CDU, die unter der Leitung und dem Einfluss Lothar de Maizières bisher ebenfalls sozialistische Positionen vertreten hatte, nun ebenso auf Wiedervereinigungskurs wie der Demokratische Aufbruch, Teile des Neuen Forums oder die Sozialdemokratische Partei in der DDR.

Die Demonstrationen Anfang des Jahres 1990 machten deutlich, dass der überwiegende Teil der protestierenden Bevölkerung nach über 40 Jahren SED-Diktatur an weiteren ideologischen Experimenten hinsichtlich der Machbarkeit anderer sozialistischer Modelle nicht interessiert war. Hinsichtlich der Ziele der „schweigenden Mehrheit“ legten die Wahlergebnisse ein deutliches Zeugnis ab. Klarer Sieger wurde das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, das sich für einen raschen Weg zur deutschen Einheit aussprach. Aber auch daneben wählte die Bevölkerung fast durchweg Parteien, welche die deutsche Einheit befürworteten.

In der bisherigen Diskussion ist umstritten, ab wann die Bevölkerung eine Überwindung des Sozialismus durch die deutsche Einheit favorisierte. Oft wird behauptet, erst der sinnliche Eindruck nach den ersten Westbesuchen habe dies ausgelöst. Es deutet aber einiges darauf hin, dass die Bevölkerung bereits in der Phase der Entwicklung, als vorwiegend Reformen der Gesellschaft gefordert wurden, weitergehende Wünsche hatte. Diese wurden allerdings aus politischem Kalkül erst ab November offen vorgetragen. Demnach strebten nicht nur die Flüchtlinge westliche Verhältnisse an, sondern auch eine Mehrheit derer, für die ein Weggang aus der Heimat nicht in Frage kam. Sie wollten sich den Westen vor die eigene Tür holen.

Der vorübergehende, insbesondere am 4. November postulierte, Schulterschluss zwischen Bevölkerung und Intellektuellen diente demnach vor allem der gemeinsamen Überwindung der diktatorischen Alleinherrschaft der SED. Darüber hinausgehende, gemeinsame positive Ziele gab es nur zwischen Bevölkerung und den Intellektuellen, welche die gleichen Ziele wie die Menschen auf der Straße vertraten und dort auch selbst zahlreich und als Wortführer in Erscheinung traten. Demgegenüber offenbarte sich eine tiefe Kluft zwischen Bevölkerung und sozialistischen Intellektuellen, egal welcher Couleur. Dazu sei exemplarisch aus dem Leserbrief eines Magdeburger Professors in der „Jungen Welt“ am 12. Dezember 1989 zitiert. Er meinte, es gebe im Volk „ein tief eingewurzeltes Misstrauen“ gegen Intellektuelle. Diese würden als „Steigbügelhalter für die stalinistische und verbrecherische Führungsschicht“ angesehen, „die uns im Namen des Sozialismus bis zum heutigen Zustand gebracht hat“. Umgekehrt war auch die Bevölkerungsbeschimpfung seitens einiger Intellektueller krass. Sie wirkte wie ein Nachhall der sozialistischen Diktatur der selbsternannten „sozialistischen Avantgarde“ über eine Bevölkerung, die nicht begreifen wollte, wie vorteilhaft ein Leben in der DDR war. Heiner Müller etwa meinte: „Wo in Deutschland Volk ist, ist der Feind nicht weit.“ Die Rede war in Ost und West vom „Einheitsgeschrei des DDR-Pöbels“[3] und, so Peter Hacks, von „Lumpenkleinbürgertum“.[4] Dies war die Atmosphäre, in der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine seine westdeutschen Landsleute vor den vielen Übersiedlern aus der DDR warnte. Kommentare Stefan Heyms über den angeblich kaufwütigen Pöbel kommentierte der französische Philosoph bulgarischer Herkunft Tzvetan Todorov, so könnten nur jene reden, die nie erfahren hätten, „welche Demütigung der ständige Mangel“ bedeute. Es sei „ein Anschlag auf die Würde des einzelnen“ gewesen.[5] Dank ihrer im Kern demokratiefeindlichen Haltung wurden die sozialistischen Intellektuellen und entsprechende Parteien im politischen Wettbewerb weitgehend marginalisiert.

---

3 François Bondy, Deutschland aus zweiter Hand. Zur nächsten Vergangenheit. In: Ulrich Wickert (Hg.), Angst vor Deutschland, Hamburg 1990, S. 207–221, hier 208 f.

4 Peter Hacks im Gespräch mit Frank Tichy in der Zeitschrift der Salzburger Elisabethbühne. Zit. in: Weißenseer Blätter (1993) 2, S. 56.

5 Lettre Internationale, Paris, Sommer 1990. Zit. nach Bondy, Deutschland aus zweiter Hand, S. 210.

Ähnlich erging es auch den Befürwortern dritter Wege jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Im Herbst und Winter 1989/90 wollte die Bevölkerung keine globalen Probleme der Menschheit lösen, sondern zunächst einmal Anschluss an westliche Entwicklungen finden. Lösungen der drängenden globalen Probleme durch eine neue Weltordnung, wie sie insbesondere im konziliaren Prozess der Kirchen in den 80er Jahren diskutiert worden waren, standen für die Menschen kaum auf der Agenda. Wenn, dann sah man in den westlichen Gesellschaften dafür bessere Voraussetzungen als im Sozialismus.

Damit verspielten auch jene Bürgergruppierungen und Intellektuelle ihre politische Chance, sich zu Wortführern der Entwicklung zu machen, die gehofft hatten, den revolutionären Prozess in eine solche Richtung lenken zu können. Wortführer der Bevölkerung wurden stattdessen politische Elitegruppen, die sich die deutsche Einheit samt sozialer Marktwirtschaft und freiheitlicher Demokratie auf die Fahnen schrieben. Dabei lag es spätestens seit Anfang des Jahres 1990 in der Logik der Entwicklung, dass es inzwischen egal war, ob sie aus der DDR oder aus der Bundesrepublik kamen. Die sozialistische Intelligenz wurde nicht mehr gefragt und nicht mehr gebraucht. Der politische Wille vollzog sich vorerst ohne sie. Erst später besannen sich Teile der Bevölkerung angesichts sozialer Friktionen im vereinten Deutschland wieder auf ideologische Lösungskonzepte aus dem Dauerangebot sozialistischer Populisten.